

13.08.2011 - 16:39 Uhr

Stadträte stehen jetzt unter Beobachtung

Mainz - Das Portal Abgeordnetenwatch.de gab es bislang nur für den Bundestag und Landesparlamente. Mit dem Mainzer Stadtrat ist jetzt eines der bundesweit ersten Kommunalparlamente vertreten. Bei den Mainzer Stadtpolitikern herrscht noch Unsicherheit, wie sich das auf die eigene Arbeit auswirken wird.



Daniel Kühnhenrich, Florian Altherr und Friedemann Kobusch haben Abgeordnetenwatch für den Mainzer Stadtrat initiiert. (Foto: Moritz Meyer)

Martin Schäfer ist wütend: Die Straße L 427 sei in desolatem Zustand, schreibt er an Oberbürgermeister Jens Beutel. Jetzt will er vom Mainzer Stadtoberhaupt wissen: "Was tun Sie, um die Verwahrlosung der Straßen zu beenden?" Ob und was der OB darauf antworten wird, kann jetzt jeder interessierte Bürger nachlesen. Das Internet-Portal "Abgeordnetenwatch.de" dokumentiert ab sofort Fragen der Bürger an die Mainzer Stadträte und den Oberbürgermeister samt deren Antworten.

Bürger fragen über ein Webformular

Das Prinzip des Internet-Portals ist einfach: Über ein Web-Formular stellen Bürger Fragen an einen Abgeordneten. Diese werden online auf einer eigens für den Politiker angelegten Seite veröffentlicht. Dort erscheinen auch dessen Antworten. In dem Portal sind inzwischen alle Bundestagsabgeordneten und mehrere Landesparlamente erfasst. Nun sollen auch Stadträte dran kommen.

Mainz ist die erste Kommune in Rheinland-Pfalz und eine von bislang zwölf Städten und Gemeinden, deren Ratsmitglieder über Abgeordnetenwatch erreicht werden können. Möglich gemacht haben das Florian Altherr, Friedemann Kobusch und Daniel Kühnhenrich. Sie haben die nötigen Kontakt- und Personendaten zu den Ratsmitgliedern zusammengetragen, freiwillig und unentgeltlich. Sie wollen damit zu einer transparenten Kommunikation zwischen Bürgern und Stadträten beitragen. "Weil alle Antworten öffentlich sind, müssen sich die Politiker genau überlegen, was sie sagen", sagt Altherr. Der 30-jährige Informatiker hat Erfahrung mit Netz-Initiativen: Er arbeitet auch an Deutschlands bekanntestem Bürgerrechte-Blog Netzpolitik.org mit. Über das Blog von Abgeordnetenwatch erfuhr er, dass Helfer für kommunale Ableger gesucht werden.

Auch Daniel Kühnhenrich wurde so auf das Projekt aufmerksam. Der

Wirtschafts- und Publizistikstudent liest regelmäßig die Fragen an die Bundespolitiker, um sich über den politischen Betrieb zu informieren. Er hat auch schon selbst Fragen gestellt. Als er einmal über das Internet etwas in den USA einkaufen wollte, stellte er fest, dass er dabei hohe Zölle zu entrichten hätte. Auf den Kauf verzichtete er daraufhin, aber er schrieb an den damaligen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), ob man daran nicht was ändern könne. Auch wenn die Antwort des Ministers ausweichend war, freute sich Kühnhenrich, dass er überhaupt eine bekam. "Einfach so hätte ich Rainer Brüderle sicher nicht angesprochen", sagt er. Die Schwelle, auch mächtige Politiker anzusprechen, ist bei Abgeordnetenwatch sehr gering.

Spenden und "Parlamentwatch" finanzieren Portal

Auch der Dritte im Bunde, Friedemann Kobusch, ist intensiver Nutzer des Portals. Der Jurist ist eines von 1136 Fördermitgliedern des Vereins "Parlamentwatch", der neben Spenden die einzige Finanzierungsquelle des Internetportals ist. Er betont, dass die Seite nicht dazu da ist, einfach mal Frust bei den Politikern abzuladen: "Alle Fragen werden vor der Veröffentlichung moderiert. Beleidigungen und Spam haben keine Chance."

Eine Mitmachpflicht gibt es für die Politiker selbstverständlich nicht. Zwar sind alle Mainzer Ratsmitglieder mit Namen, Alter, Parteizugehörigkeit und Beruf erfasst, doch ob sie wirklich Fragen beantworten wollen, bleibt ihnen überlassen. Jedes Ratsmitglied hat vor dem Start der Seite aber eine E-Mail mit allen Informationen zu Abgeordnetenwatch erhalten. Außerdem können sie ein Foto von sich auf ihre Seite hochladen.

Politiker fürchten Zeitaufwand

Eine Möglichkeit von der zum Beispiel Sabine Flegel schon Gebrauch gemacht hat. Die CDU-Stadträtin freut sich auf den Bürgerdialog. "Ich findet es gut, wenn die Bürger zu spannenden Fragen wie dem Lu-Einkaufscenter schnell viele Stadtratsmitglieder ansprechen können." Sie ist es ohnehin gewohnt, regelmäßig Fragen per Mail zu beantworten und glaubt nicht, dass ihr das Portal zu viel Arbeit machen wird.

Skepsis herrscht bei der FDP: Fraktionsgeschäftsführer Stefan Metzner fürchtet, dass die ehrenamtlichen Ratsmitglieder keine Zeit finden werden, die zum Teil sehr speziellen Bürgeranfragen zu beantworten. "Oft ist zusätzliche Recherche nötig, um eine Frage richtig zu beantworten. Wenn eine Antwort dann mal auf sich warten lässt, kann das erst Recht Frust beim Bürger erzeugen."

Auch Tabea Rößner (Grüne), die das Portal schon von ihrer Arbeit im Bundestag kennt, mahnt: "Es ist viel Arbeit, die Fragen zu beantworten. Die Menschen müssen Verständnis haben, wenn nicht immer alles sofort geht."

Für Altherr, Kobusch und Kühnhenrich ist ihr Teil der Arbeit eigentlich beendet. Die Fragenmoderation läuft über Hamburg, wo Moderatoren extra dafür geschult werden. Dennoch werden sie immer ein Auge auf die Mainzer "Watch-Seite" haben. Schließlich ändert sich auch die Zusammensetzung des Rates immer mal wieder, zuletzt etwa, als die Grüne Katrin Eder Dezernentin wurde. Diese Informationen müssen aktualisiert werden. Und noch eines wollen sie auf jeden Fall tun: Eifrig Fragen an die Mainzer Stadtpolitiker richten. *Moritz Meyer*